

Jahresbericht

—

2021



**POUVOIR JUDICIAIRE
GERICHTSBEHÖRDEN**

ETAT DE FRIBOURG
STAAT FREIBURG

Friedensgericht des Sensebezirks

Inhaltsverzeichnis

1.1	Allgemeiner Teil.....	4
1.1.1	Zusammensetzung und Räumlichkeiten.....	4
1.1.2	Gerichtstätigkeit (gesamte Arbeitslast, Verhältnis zu den Behörden und den Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälten usw.).....	5
1.1.3	Weiterbildung.....	5
1.1.4	Verschiedenes und Schlussbemerkungen (Vorschläge Gesetzesänderungen, Informatik usw.)...	6
1.2	Statistischer Teil.....	6
1.2.1	Allgemeine Statistik.....	6
1.2.2	Erwachsenenschutz.....	6
1.2.3	Nachlass.....	7
1.2.4	Kinderschutz.....	8
1.2.5	Unzuständigkeit.....	10
1.2.6	Nichteintreten und Verfahrenseinstellung, mit oder ohne Entscheid.....	10
1.2.7	Fürsorgerische Unterbringung.....	10
1.2.8	Gerichtliches Verbot.....	11
1.2.9	Unentgeltliche Rechtspflege.....	11

Einleitung

An den Justizrat

Sehr geehrter Herr Präsident
Sehr geehrte Mitglieder des Justizrates

Wir freuen uns, Ihnen hiernach den Tätigkeitsbericht 2021 des Friedensgerichts des Sensebezirks zu unterbreiten und bestätigen die Richtigkeit der in diesem Bericht dargestellten statistischen Zahlen.

Des Weiteren teilen wir Ihnen mit, dass Friedensrichterin Martina Gerber im Jahr 2022 den administrativen Vorsitz unserer Behörde inne hat und wir als offizielle Abkürzung «JUSI» verwenden.

Freiburg, 21. Januar 2022

Seraina Rohner Stulz
Friedensrichterin

Martina Gerber
Friedensrichterin

Yannick Riedo
Chefgerichtsschreiber

Tätigkeitsbericht 2021 des Friedensgerichts Sense

1.1 Allgemeiner Teil

1.1.1 Zusammensetzung und Räumlichkeiten

1.1.1.1 Organisation und Zusammensetzung des Friedensgerichts

Organisation und Zusammensetzung am 31.12.2021

- > Martina Gerber, Seraina Rohner Stulz, Friedensrichterin
- > Claudine Lurf-Vonlanthen, Wanda Suter, Ersatzrichterin
- > Tamara Aebischer, Gabrielle Aerschmann, Brigitte Gauch, Therese Imstepf, Bernadette Mäder, Marie-Therese Piller, Sylvia Reidy, Ivo Riedo, Ruth Schärli, Michel Seewer, Beisitzende

Rita Raemy kündigte ihr Amt als Beisitzerin per Ende Juli 2021. In der Sommersession 2021 wurde Michel Seewer als deren Ersatz gewählt.

1.1.1.2 Ressourcen Magistratspersonen

Berufsrichter/-innen - Vollzeitäquivalente VZÄ am 31.12.

Name/Vorname	Funktion	2020	2021
Gerber Martina	Friedensrichterin	0.9	0.9
Rohner Stulz Seraina	Friedensrichterin	0.6	0.6
Total EPT au 31.12.		1.5	1.5

Friedensrichterin Martina Gerber (90%) fiel Ende November 2020 schwangerschaftsbedingt aus. Als Ersatz erhöhte Seraina Rohner Stulz ihr Pensum von 60% auf 100% und Yannick Riedo, welcher als Chefgerichtsschreiber tätig ist, wurde für die restlichen 50% zum Friedensrichter ad hoc ernannt.

Per 1. Juli 2021 kehrte Martina Gerber aus ihrem Mutterschaftsurlaub zurück und arbeitet wieder in einem 90%-Pensum; Seraina Rohner Stulz reduzierte ihr Pensum wieder auf 60%.

1.1.1.3 Ressourcen Gerichtsschreiberei und des Sekretariats

Vollzeitäquivalente VZÄ am 31.12.2021	2020	2021
Total VZÄ Gerichtsschreiber/innen (Festanstellung)	2.1	2.6
Total VZÄ Juristische Praktikanten/Praktikantinnen	1.0	1.0
Total VZÄ Verwaltungsmitarbeitende (Festanstellung)	1.3	1.3
Total VZÄ Auszubildende Verwaltungsmitarbeitende	0	0
Total	4.4	4.9

Die Gerichtsschreiberei besteht neu aus drei Gerichtsschreiberinnen und einem Chef-Gerichtsschreiber, die jeweils Teilzeit arbeiten.

Aufgrund der Ernennung als Friedensrichter ad hoc reduzierte der Chefgerichtsschreiber Yannick Riedo sein 80%-Pensum auf 30%. Die fehlenden 50-Stellenprozente wurden durch die ausserordentliche Gerichtsschreiberin Claudine Graven ersetzt, welche per 1. April 2021 aufgrund zusätzlich gewährten 50-Stellenprozenten eine Festanstellung erhielt. Clarissa Frankfurt, welche zu 80% als Gerichtsschreiberin tätig ist, fiel ab Mitte September 2021 schwangerschaftsbedingt aus und wurde durch den ehemaligen Gerichtsschreiberpraktikanten Simon Bielmann ersetzt. Gabriela Doleschal arbeitet unverändert in einem 50%-Pensum als Gerichtsschreiberin.

Das Friedensgericht beschäftigt neben den GerichtsschreiberInnen auch jeweils einen Gerichtsschreiberpraktikanten zu einem 100%-Pensum für die Dauer von sechs Monaten. Diese Stelle konnte das Friedensgericht per 1. Februar 2021 und per 1. August 2021 jeweils lückenlos besetzen.

Das Gerichtssekretariat wird geführt von zwei langjährigen Mitarbeiterinnen, Rosemarie Kröpfl und Susanne Schmutz, welche beide im Teilzeitpensum arbeiten (zu 80% resp. zu 50%).

1.1.1.4 Räumlichkeiten

Das Friedensgericht befindet sich seit 2008 im Amtshaus Tafers. Es führt seine Verhandlungen u. a. im Gerichtssaal des Amtshauses, den sich das Bezirksgericht, die Schlichtungsbehörde Miete und Pacht sowie das Friedensgericht teilen. Aufgrund der prekären Platzverhältnisse wurde bereits 2019 eine Vergrösserung der Räumlichkeiten beantragt. Per Ende 2020 verliess das RAV seine Räumlichkeiten im Amtshaus. Anfangs Dezember 2021 konnte das Friedensgericht die neuen Räumlichkeiten beziehen.

1.1.2 Gerichtstätigkeit (gesamte Arbeitslast, Verhältnis zu den Behörden und den Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälten usw.)

Die Arbeitslast war im Jahr 2021 wiederum sehr hoch. Die zu behandelnden Dossiers sind anspruchsvoll, komplex und zeitintensiv. Insbesondere Gefährdungsmeldungen betreffend Kinder und psychisch Kranke verlangen viel Fingerspitzengefühl und Aufwand.

Dank den zusätzlichen 50-Stellenprozent in der Gerichtsschreiberei konnte der hohen Arbeitsbelastung angemessen begegnet werden, jedoch müsste zwecks Bewältigung des Tagesgeschäfts eine Erhöhung der Stellenprozente der Friedensrichterinnen geprüft bzw. ins Auge gefasst werden. Seraina Rohner Stulz leistet übermässig viele Überstunden und ist nicht in der Lage diese zu kompensieren.

Das Friedensgericht unterhält ein gutes Verhältnis zu allen Behörden (Berufsbeistandschaften, Kliniken des FNPG, Jugendamt, Sozialdiensten etc.) sowie zu den Rechtsanwälten und Notaren. Die ausgezeichnete Zusammenarbeit insbesondere mit den drei Berufsbeistandschaften des Sensebezirks erleichtert die Arbeit des Friedensgerichts wesentlich und trägt massgeblich zur Entlastung bei.

Ein besonderer Dank richtet sich an das ganze Team des Friedensgerichts für seinen unermüdlichen Einsatz und der Aufrechterhaltung der guten Stimmung auch in schwierigen Zeiten.

1.1.3 Weiterbildung

Beide Friedensrichterinnen sowie alle ordentlichen Gerichtsschreiber konnten während des Jahres verschiedene Weiterbildungen besuchen.

1.1.4 Verschiedenes und Schlussbemerkungen (Vorschläge Gesetzesänderungen, Informatik usw.)

Das Jahr 2021 hat das Team des Friedensgerichts wiederum ausserordentlich gefordert. Die Arbeitslast blieb wie im Vorjahr unverändert hoch. Dringende Angelegenheiten und das Tagesgeschäft bestimmten weitgehend die Prioritäten, so dass wenig bis kein Raum blieb für andere Angelegenheiten. Zu erwähnen ist zudem, dass die Angelegenheiten mit französischsprachigen Personen in den letzten Jahren deutlich zugenommen hat, was zu einem erheblichen Mehraufwand führt.

1.2 Statistischer Teil

1.2.1 Allgemeine Statistik

	Am 01.01. hängige Angelegenheiten	Im Verlauf des Jahres erfasste Dossiers (01.01.-31.12.)	Im Verlauf des Jahres erledigte Dossiers (01.01.-31.12)	Am 31.12. hängige Angelegenheiten	Im Verlauf des Jahres gefällte Entscheide (01.01.-31.12.)
2019	1063	983	917	1357	1214
2020	681	866	914	840	2347
2021	687	965	974	886	2797

Verfahrenssprache erledigte Dossiers	2020	2021
Französisch	0	0
Deutsch	alle	alle

1.2.2 Erwachsenenschutz

	Am 01.01. hängige Angelegenheiten	Im Verlauf des Jahres erfasste Dossiers (01.01.-31.12.)	Im Verlauf des Jahres erledigte Dossiers (01.01.-31.12)	Am 31.12. hängige Angelegenheiten	Im Verlauf des Jahres gefällte Entscheide (01.01.-31.12.)
2019	446	191	148	544	644
2020	510	159	163	578	1609
2021	518	222	189	612	1636

Erwachsenenschutzmassnahmen	2020	2021
1. Die eigene Vorsorge und Massnahmen von Gesetzes wegen (Der Vorsorgeauftrag, Die Patientenverfügung, Vertretung und Aufenthalt in Wohn- oder Pflegeeinrichtungen) (Art. 363 Abs. 2, 364, 366, 368, 373, 374 Abs. 3, 376, 381 Abs. 2 und 3 und Art. 385 ZGB)	6	6
2. Befugnis zur Öffnung der Post oder zum Betreten der Wohnräume (Art. 391 Abs. 3 ZGB)	18	19
3. Massnahmen ohne Errichtung einer Beistandschaft: das Erforderliche vorkehren, insb. Zustimmung zu Rechtsgeschäft, Auftrag an Drittperson und Person/ Stelle mit Einblick und Auskunft (Art. 392 ZGB)	9	11
4. Begleitbeistandschaften (Art. 393 ZGB)	16	19
5. Vertretungsbeistandschaften ohne Einschränkung der Handlungsfähigkeit (Art. 394 Abs. 1 ZGB)	54	73
6. Vertretungsbeistandschaften mit Einschränkung der Handlungsfähigkeit (Art. 394 Abs. 1 und 2 ZGB)	2	2
7. Vertretungsbeistandschaften mit Vermögensverwaltung (Art. 395 Abs. 1 ZGB)	52	64
8. Vertretungsbeistandschaften mit Vermögensverwaltung, Entziehung Zugriff auf einzelne oder alle Vermögenswerte/Einkommensquellen oder Entziehung der Verfügung über Grundstück (Art. 395 Abs. 1, 3 und 4 ZGB)	19	1
9. Mitwirkungsbeistandschaften (Art. 396 ZGB)	1	1
10. Umfassende Beistandschaften (Art. 398 ZGB)	2	1
11. Ernennung, Entlassung und Entlastung der Beiständin/des Beistandes (Art. 400, 403 Abs. 1, 422, 423 und 425 Abs. 4 ZGB)	159	205
12. Festlegung der Entschädigung der Beiständin/des Beistandes (Art. 404 ZGB)	495	473
13. Eingangsinventare (Art. 405 ZGB)	48	48
14. Entscheide betreffend die Verwaltung der Vermögenswerte (Art. 408 ZGB = VBVV)	0	0
15. Genehmigung der Rechnung und/oder der Berichte (Art. 415 und 425 ZGB)	613	583
16. Geschäfte, die die Zustimmung der Erwachsenenschutzbehörde erfordern (Art. 416 und 417 ZGB)	16	15
17. Gesuch betreffend die Übertragung oder die Zustimmung zur Übernahme (Art. 442 ZGB)	5	12
18. vorsorgliche und superprovisorische Massnahmen (Art. 445 ZGB)	0	0
19. Ermittlungsmassnahmen: Abklärungen/Gutachten einer sachverständigen Person und Begutachtungen in einer Einrichtung (Art. 446 Abs. 2 und 449 ZGB)	0	1
20. Zwangsmassnahmen unter Beizug der Polizei (Art. 21 Abs. 1 und Art. 18 Abs. 2 KESG, Art. 4 Abs. 2 PolG)	0	0
21. verschiedene Zeugnisse unter anderem Handlungsfähigkeitszeugnis	46	48
22. Verzicht auf Errichtung einer Schutzmassnahme (Abgeschriebenes Verfahren)	25	44

1.2.3 Nachlass

	Am 01.01. hängige Angelegenheiten	Im Verlauf des Jahres erfasste Dossiers (01.01.-31.12.)	Im Verlauf des Jahres erledigte Dossiers (01.01.-31.12)	Am 31.12. hängige Angelegenheiten	Im Verlauf des Jahres gefällte Entscheide (01.01.-31.12.)
2019	159	233	252	184	116
2020	6	379	407	27	430
2021	7	380	446	33	772

Friedensrichter/-in	2020	2021
1. Siegelungen (Art. 24 EGZGB)	0	0
2. Entgegennahme eines mündlichen Testaments (Art. 507 ZGB, 14 Abs. 2 Bst. a EGZGB)	0	0
3. Sicherstellung bei Verschollenheit (Art. 546 ZGB, 14 Abs. 2 Bst. b EGZGB)	0	0
4. Inventare bei Abwesenheit und als Sicherungsmassregel (Art. 546 ff. ZGB, 23 EGZGB und 551 ff. ZGB, 24 EGZGB)	0	0
5. Erbschaftsverwaltung (Art. 548, 554 und 556 Abs. 3 ZGB, 14 Abs. 1 EGZGB – allgemeine Klausel)	1	1
6. Anspruchsentscheide im Verfahren der Inventaraufnahme (Art. 490, 551 ff., 568 ZGB, 25 EGZGB)	0	0
7. provisorische Besitzeinweisung (Art. 556 Abs. 3 ZGB, 14 EGZGB – allgemeine Klausel)	0	0
8. Testamentseröffnungen (Art. 557 ZGB, 18 EGZGB)	62	89
9. Genehmigung von Erbbescheinigungen (Art. 559, 14 Abs. 1 EGZGB - allgemeine Klausel)	190	247
10. Ausschlagung einer Erbschaft (Art. 566 ZGB, 14 Abs. 1 EGZGB – allgemeine Klausel)	136	71
11. Öffentliches Inventar (Art. 581 ff. ZGB)	1	0
12. Verwaltung der Erbschaftssachen (Art. 581 und 585 ZGB, 28 EGZGB)	0	0
13. Bezeichnung eines Vertreters der Erbengemeinschaft (Art. 602 Abs. 3 ZGB, 14 Abs. 1 EGZGB – allgemeine Klausel)	0	0
14. Verschiebung der Teilung und vorsorgliche Massregeln für zahlungsunfähige Erben (Art. 604 Abs. 2 und 3 ZGB, 14 Abs. 2 Bst. c EGZGB)	0	0
15. Aufnahme eines Steuerinventars (DBG, DStG)	31	46
16. Verzicht auf die Aufnahme eines Steuerinventars (DBG, DStG)	333	290

1.2.4 Kindesschutz

	Am 01.01. hängige Angelegenheiten	Im Verlauf des Jahres erfasste Dossiers (01.01.-31.12.)	Im Verlauf des Jahres erledigte Dossiers (01.01.-31.12)	Am 31.12. hängige Angelegenheiten	Im Verlauf des Jahres gefällte Entscheide (01.01.-31.12.)
2019	347	336	312	468	346
2020	159	220	237	218	265
2021	156	239	232	216	246

Kindesschutzmassnahmen	2020	2021
1. Entscheide betreffend die gemeinsame elterliche Sorge (Art. 52fbis Abs. 3 AHVV, Art. 134 Abs. 3, 296 Abs. 3, 297 Abs. 2, 298a, 298b Abs. 2, 3 und 4, 298d Abs. 1 et 2, 311 Abs. 1 lit. 1 und 2 und 312 lit. 1 und 2 ZGB)	95	100
2. Entscheide betreffend des Aufenthaltsbestimmungsrechts (Art. 134 Abs. 3, 301 a Abs. 2 und 5, 310 Abs. 1, 2 und 3 ZGB)	6	6
3. Persönlicher Verkehr (Art. 134 Abs. 4, 273 Abs. 2 und 3 und 275 Abs. 1 ZGB)	8	8
4. Festlegung des persönlichen Verkehrs mit Dritten (Art. 274a ZGB)	0	0
5. Unterhaltsverträge (Art. 287 ZGB)	7	7
6. Vormundschaft bei Kind ohne elterliche Sorge (Art. 297 Abs. 2, 298 Abs. 3, 298b Abs. 4 und 327a ZGB)	0	2
7. Vertretungsbeistandschaft (Art. 306 Abs. 2 ZGB)	6	10
8. nötige Massnahmen (Art. 307 Abs. 1 ZGB)	0	1
9. Weisung oder Ermahnung (Art. 307 Abs. 3 ZGB)	15	4
10. Erziehungsaufsicht: Person/Stelle mit Einblick und Auskunft (Art. 307 Abs. 3 ZGB)	4	0
11. Erziehungsbeistandschaft: Beratung (Art. 308 Abs. 1 ZGB)	37	28
12. Beistandschaft mit besonderen Befugnissen - Feststellung Vaterschaft (Art. 308 Abs. 2 ZGB)	8	5
13. Beistandschaft mit besonderen Befugnissen - Unterhalt (Art. 308 Abs. 2 ZGB)	8	1
14. Beistandschaft mit besonderen Befugnissen - persönlicher Verkehr (Art. 308 Abs. 2 ZGB)	22	10
15. Beistandschaft mit besonderen Befugnissen insbesondere medizinische Behandlung / Betreuung, Schule, Berufslehre, usw. (Art. 308 Abs. 2 ZGB)	10	18
16. Beschränkung der elterlichen Sorge (Art. 308 Abs. 3 ZGB)	0	0
17. Mediationsversuch (Art. 314 Abs. 2 ZGB)	3	0
18. Abänderung gerichtlicher Anordnungen über die Kindeszurechnung und den Kindesschutz (Art. 315b Abs. 2 ZGB)	0	0
19. Kindesvermögen: Inventar, periodische Rechnungsstellung und Berichterstattung, Bewilligung einer Anzehung, Weisungen für die Verwaltung, Beistandschaft Vermögensverwaltung (Art. 318 Abs. 3, 320 Abs. 2, 324, 325 und 408 ZGB)	4	4
20. Ernennung, Wechsel, Entlassung und Entlastung der Beiständin/des Beistandes (Art. 400, 422, 423 und 425 Abs. 4 ZGB)	166	69
21. Festlegung der Entschädigung der Beiständin/des Beistandes (Art. 404 ZGB)	1	0
22. Genehmigung der Rechnung und der Berichte (Art. 415 und 425 ZGB)	183	145
23. Geschäfte, die die Zustimmung der Kindesschutzbehörde erfordern (Art. 416 und 417 ZGB)	1	1
24. Entscheide betreffend die Verwaltung der Vermögenswerte (Art. 408 ZGB = VBVV)	0	0
25. Fürsorgerische Unterbringung - Unterbringung durch KESB (Art. 426 Abs. 1, 428 Abs. 1 ZGB), Fürsorgerische Unterbringung im Notfall (Arzt) (Art. 18 KESG), Fürsorgerische Unterbringung - Zurückbehaltung freiwillig Eingetretener (Art. 427 Abs. 2 ZGB), Fürsorgerische Unterbringung - Verlängerung ärztliche Unterbringung (Art. 429 Abs. 2 ZGB), Fürsorgerische Unterbringung – periodische Überprüfung (Art. 431 Abs. 1 ZGB), Nachbetreuung beim Austritt aus einer Einrichtung (Art. 437 Abs. 1 ZGB /Art. 26 KESG), ambulante Massnahmen (Art. 437 Abs. 2 ZGB /Art. 26 KESG), Anrufung des Gerichts (Art. 439 Abs. 2 ZGB), Begutachtung in einer Einrichtung (Art. 449 ZGB)	3	1
26. Zwangsmassnahmen unter Beizug der Polizei (Art. 21 Abs. 1 und Art. 18 Abs. 2 KESG, Art. 4 Abs. 2 PolG)	0	0
27. Übertragung oder die Zustimmung zur Übernahme (Art. 442 ZGB)	4	2
28. Vorsorgliche Massnahmen (Art. 445 ZGB)	6	5
29. Ermittlungsmassnahmen: Abklärungen/Gutachten einer Sachverständigen Person und Begutachtungen in einer Einrichtung (Art. 446 Abs. 2 und 449 ZGB)	1	0

Kindesschutzmassnahmen	2020	2021
30. verschiedene Zeugnisse unter anderem Zeugnis über die elterliche Sorge	0	0
31. Verzicht auf Errichtung einer Schutzmassnahme (Abgeschriebenes Verfahren)	20	31

1.2.5 Unzuständigkeit

	Am 01.01. hängige Angelegenheiten	Im Verlauf des Jahres erfasste Dossiers (01.01.-31.12.)	Im Verlauf des Jahres erledigte Dossiers (01.01.-31.12)	Am 31.12. hängige Angelegenheiten	Im Verlauf des Jahres gefällte Entscheide (01.01.-31.12.)
2019	67	89	83	72	0
2020	0	9	9	0	7
2021	0	12	12	0	12

1.2.6 Nichteintreten und Verfahrenseinstellung, mit oder ohne Entscheid

	2020	2021
Unzuständigkeit (Art. 59 ZPO)	9	12
Abgeschriebenes Verfahren, Unterbrechung des Verfahrens und Gegenstandslosigkeit	1	0

1.2.7 Fürsorgerische Unterbringung

	Am 01.01. hängige Angelegenheiten	Im Verlauf des Jahres erfasste Dossiers (01.01.-31.12.)	Im Verlauf des Jahres erledigte Dossiers (01.01.-31.12)	Am 31.12. hängige Angelegenheiten	Im Verlauf des Jahres gefällte Entscheide (01.01.-31.12.)
2019	19	60	60	30	27
2020	1	78	74	4	9
2021	1	80	72	9	92

	2020	2021
1. Fürsorgerische Unterbringung - Unterbringung durch KESB (Art. 426 Abs. 1/428 Abs. 1 ZGB)	9	5
2. Fürsorgerische Unterbringung - Entlassung durch KESB (Art. 426 Abs. 3/428 Abs. 1 ZGB)	1	0
3. Fürsorgerische Unterbringung - Verlängerung ärztliche Unterbringung (Art. 429 Abs. 2 ZGB)	7	10
4. Fürsorgerische Unterbringung - periodische Überprüfung nach 6, 12, 36 usw. Monate nach Unterbringung (Art. 431 Abs. 1 ZGB)	2	1
5. Nachbetreuung beim Austritt aus einer Einrichtung (Art. 437 Abs. 1 ZGB /Art. 26 KESG)	0	0
6. Anrufung des Gerichts (Art. 439 Abs. 2 ZGB)	0	0
7. Abklärungen/Gutachten einer sachverständigen Person (Art. 446 Abs. 2 ZGB)	2	1
8. Begutachtung in einer Einrichtung (Art. 449 ZGB)	0	0
9. Zwangsmassnahmen unter Beizug der Polizei (Art. 21 Abs. 1 und Art. 18 Abs. 2 KESG, Art. 4 Abs. 2 PolG)	0	0
10. Fürsorgerische Unterbringung im Notfall (Arzt) (Art. 18 KESG)	69	70

1.2.8 Gerichtliches Verbot

	Am 01.01. hängige Angelegenheiten	Im Verlauf des Jahres erfasste Dossiers (01.01.-31.12.)	Im Verlauf des Jahres erledigte Dossiers (01.01.-31.12)	Am 31.12. hängige Angelegenheiten	Im Verlauf des Jahres gefällte Entscheide (01.01.-31.12.)
2019	3	9	20	5	18
2020	2	3	5	0	3
2021	0	12	8	2	11

Friedensrichter/-in	2020	2021
Gerichtliches Verbot Entscheid (Art. 65 EGZGB)	4	7
Einspracheentscheid (Art 65 EGZGB)	0	2

1.2.9 Unentgeltliche Rechtspflege

	Am 01.01. hängige Angelegenheiten	Im Verlauf des Jahres erfasste Dossiers (01.01.-31.12.)	Im Verlauf des Jahres erledigte Dossiers (01.01.-31.12)	Am 31.12. hängige Angelegenheiten	Im Verlauf des Jahres gefällte Entscheide (01.01.-31.12.)
2019	22	65	42	54	63
2020	4	18	20	8	23
2021	4	20	15	14	32

	2020	2021
Gewährung der unentgeltlichen Rechtspflege (Art. 117 ZPO und 123 JG)	11	13
Verweigerung der unentgeltlichen Rechtspflege (Art. 117 ZPO und 123 JG)	2	2
Festlegung der Kostenliste (Art. 57 JR)	8	13